

KEIN „FREIBIER FÜR ALLE“ ABER CHAMPAGNER FÜR WENIGE!

In zynischer Weise hat Vizekanzler Westerwelle verkündet, die Zeiten, wo man „Freibier für alle“ auschenken könne, seien vorbei. „Wir haben in den letzten Jahren auch über unsere Verhältnisse gelebt.“ Das Sparpaket sei ehrgeizig, umfassend und solide. Gleichzeitig sei es gerecht.

Deshalb streicht die Regierung

- die Rentenbeiträge für Hartz IV-Empfänger – d. h. noch tiefer in die Altersarmut
- bei Arbeitslosen
- beim Elterngeld
- 10.000-15.000 Stellen beim Bund
- Beamten werden ca. 2,5% ihrer Bezüge gekürzt usw.

Als bei der so genannten Bankenkrise insgesamt rund 500 Mrd. Euro fällig wurden, gab es keine Probleme. „Champagner für Banker“ - dafür hat die Regierung anscheinend unbegrenzt Geld. Als Griechenland durch Spekulanten an den Rand des Staatsbankrotts geriet und unter anderem deutschen Großbanken Milliardenausfälle bei Krediten drohte und kurz darauf der gesamte Euro abzustürzen drohte und damit erneut Banken, die sich verspekuliert hatten, ins Wanken gerieten, da hat die Regierung erneut fast 150 Mrd. Euro aus dem Hut gezaubert.

Geld für die Banken ist immer da!

Auch Geld für die Auslandseinsätze der Bundeswehr ist immer da!

Seit 1992 wurden über 11 Milliarden Euro dafür ausgegeben. Diese Summe entspricht ungefähr den Einsparungen, die die Bundesregierung 2011 vornehmen will.

Steuergeschenke an die Reichen gehen immer!

Nicht erst seit der Senkung der Mehrwertsteuer für Hotelkonzerne, die rund eine Milliarde Euro jährlich kostet, werden die Steuern für Unternehmen und Selbständige herabgesetzt. Das ist ein schleichender Prozess, der seit Jahren läuft und mit den „Steuerreformen“ unter Schröder und der SPD-Grünen-

Regierung spürbar wurde und sich über die „Steuerreformen“ unter Merkel und der CDU-CSU-SPD-Regierung fortsetzte. Nun soll das weitergehen.

Ein krasses Beispiel:

1970 betrugen die Einnahmen aus der Lohnsteuer 19,88 Milliarden Euro und aus der Einkommens- und Körperschaftssteuer (für Selbständige und Unternehmer) 14,6 Milliarden Euro. Beide Posten waren damit fast gleich. 2008 waren die Einnahmen aus der Lohnsteuer auf 186,45 Milliarde Euro und damit um rund das 9,4fache gestiegen. Die Einkommens- und Körperschaftssteuer hingegen betrug nur 54,82 Milliarden Euro und war somit nur um das 3,7fache gestiegen. Während also die Lohnsteuer explodierte, sind die Steuern für die Reichen in Relation dazu massiv gesenkt worden. Ihr Beitrag zum Staatshaushalt wird immer kleiner, während gleichzeitig ihre Profite rapide steigen, die Löhne und Gehälter der Arbeiter und Angestellten hingegen stagnieren und real sogar sinken.

Hätte sich die Einkommens- und Körperschaftssteuer genauso entwickelt wie die Lohnsteuer, so müsste sie mittlerweile bei ungefähr 136,93 Milliarden Euro liegen. Das wären glatt 82 Milliarden jährlich mehr für die Staatskasse. Diese Summe will die Bundesregierung aber erst in insgesamt vier Jahren durch gewaltige Kürzungen im Sozialbereich zusammenkratzen.

Würden die Reichen nur genauso behandelt wie die Lohnsteuerzahler, dann käme mit 82 Milliarden jährlich mehr so viel Geld in die Staatskasse, dass man extrem schnell die Staatsschulden abbauen, zusätzliche Investitionen für die Bildung machen und auf sämtliche derzeitigen Kürzungspläne verzichten

könnte.

Allerdings ist das Wort „könnte“ hier richtig. Denn weder SPD und Grüne, noch CDU/CSU und erst recht nicht die FDP haben ein ernsthaftes Interesse daran, die Reichen zur Kasse zu bitten. Im Gegenteil: sie werden geschont, wo immer es geht. Sie erhalten Steuererleichterungen – siehe Hoteliers -; ihnen werden die Lohnnebenkosten gesenkt, was zu Kürzungen im Gesundheitswesen, bei den Renten und bei der Arbeitslosenversicherung führt; ihnen werden weiterhin staatliche Milliardenaufträge im Rüstungs- und Baubereich garantiert, die hohe Profite versprechen; sie erhalten Milliarden Staatsgelder für „Sanierungsmaßnahmen“, was Rationalisierung und Massenentlassungen bedeutet. Für die Reichen ist immer Geld da! Denn:

Dieser Staat ist der Staat des Kapitals! Er dient seinen Interessen und nicht dem Volk!

Mit den Betrügereien der herrschenden Klasse, mit ihrer Bereicherung auf Kosten der Arbeiterklasse und der Allgemeinheit können wir auf Dauer nur fertig werden, wenn wir diese Regierung zum Teufel jagen und für eine andere Gesellschaft kämpfen – eine Gesellschaft ohne kapitalistische Profitzwänge, in der die Arbeiter als die Hauptproduzenten des gesellschaftlichen Reichtums die Führung haben und die Gesellschaft nach den Interessen der großen Mehrheit der Bevölkerung gestalten. Eine Gesellschaft, in der die Banken und kapitalistischen Unternehmen enteignet und damit ihrer Macht beraubt sind. Statt dem Kapital müssen wieder die Menschen herrschen. Das ist wirkliche Demokratie! Das ist Sozialismus!

Wir fordern aktuell:

Drastische Erhöhung der Einkommens- und Körperschaftssteuer für Reiche!

Keine Kürzungen im Sozialbereich!

Wir zahlen nicht für Eure Krise! Das Kapital soll die Krise zahlen!

Dem Imperialismus ist die Wahrheit unerträglich!

Zum Rücktritt Horst Köhlers vom Amt des Bundespräsidenten

„Meine Einschätzung ist aber, dass insgesamt wir auf dem Wege sind, doch auch in der Breite der Gesellschaft zu verstehen, dass ein Land unserer Größe mit dieser Außenhandels-orientierung und damit auch Außenhandelsabhängigkeit auch wissen muss, dass im Zweifel, im Notfall auch militärischer Einsatz notwendig ist, um unsere Interessen zu wahren, zum Beispiel freie Handelswege, zum Beispiel ganz regionale Instabilitäten zu verhindern, die mit Sicherheit dann auch auf unsere Chancen zurückschlagen negativ durch Handel, Arbeitsplätze und Einkommen.“

So hatte zum Entsetzen aller Schönredner, zu denen er sonst durchaus auch gerechnet werden kann, Bundespräsident Köhler jüngst in einem Radio-Interview gesagt. Und damit die Wahrheit ausgeplaudert! Die Wahrheit über all die imperialistischen Kriegsabenteuer, in die sich die Bundesrepublik Deutschland immer intensiver hineinstürzt, zusammen mit ihren imperialistischen Konkurrenten in der Nato, durchaus aber auch in offener Konkurrenz zu ihnen. Humanität? Humanitäre Einsätze,

Brunnen und Mädchenschulen bauen? Menschenrechte?

Oh, nein, einmal, nur einmal fernab fein vorformulierter Erklärungen rutscht Banker Köhler – vielleicht in einem unbedachten Augenblick? – die Wahrheit heraus!

Zum einen ist die gesamte Region (Afghanistan) von größtem Interesse für die verschiedenen imperialistischen Großmächte. Nicht umsonst hat die entartete, imperialistische UdSSR dort jahrelang einen Krieg geführt. Wer Afghanistan kontrolliert, kann auch Einfluss auf umliegende Staaten wie Iran, Pakistan nehmen. Kontrolle von Rohstoffen, Exportinteressen und schließlich strategische Machtinteressen spielen eine bedeutende Rolle.

Zum Zweiten bedeutet jeder Krieg immer Milliarden-Aufträge für die Waffenindustrie, die Ausrüster der Armee, Transportunternehmen usw. Auch der „Wiederaufbau“ des zerstörten Landes ist ein Riesengeschäft für Baukonzerne, Banken usw. Für sie ist Afghanistan eine Goldgrube.

Wie peinlich waren doch diese Äußerungen Köhlers! Peinlich für die gesamte Riege der Kriegsbefürworter!

Wurde doch von höchster Stelle bestätigt, was wir schon seit Jahren angreifen: Die Bundeswehr ist im Einsatz für die Profite des Kapitals! Dafür müssen Menschen in Afghanistan ihr Leben lassen. Dafür wird das Land zerstört. Dafür werden Milliarden Euro ausgegeben, die bei Bildung, Renten, Gesundheitswesen angeblich immer fehlen. Dafür müssen Soldaten ihr Leben lassen.

Aber es scheint, als sei das Herauslassen der Wahrheit unerträglich, unverzeihlich. Heute, am 31. Mai 2010 ist Köhler – unter nur mühsam im Zaum gehaltenem Protest gegen all die heuchlerische Kritik an seinen Äußerungen – mit sofortiger Wirkung als Bundespräsident zurückgetreten. Damit hat die imperialistische Macht BRD derzeit kein Staatsoberhaupt. Damit mündet jetzt die Krise in eine Regierungs- und Staatskrise. Dies ist das Ergebnis der Kriegspolitik in den letzten Jahren sowie der kapitalistischen Weltwirtschaftskrise mit ihrer massiven „Sozialhilfe“ für Banken und Finanzkapital und mit der daraus folgenden exorbitanten Staatsverschuldung, die ja unversehens in einen Staatsbankrott, zum Scheitern des Euro sowie in eine noch schwerere Wirtschaftskrise führen kann, mit unabsehbaren Folgen für das Volk. Mühsam suchen nun Redner der Bundestagsparteien, die Köhler stützten, ein paar Verdienst-Fetzen des Herrn Köhler zusammen, ohne überzeugende Antwort.

Für alle Arbeitenden und Erwerbslosen, für Arbeiterinnen, Arbeiter, Angestellte, Rentner, die Jugend macht es keinerlei Sinn, auf einen besseren Bundespräsidenten zu warten. Präsentieren wir der Berliner Herrschaftsclique die Rechnung für ihre Krisen und Katastrophenpolitik.

Gehen wir am 12. Juni massenhaft auf die Straßen und machen eines klar: Herr Köhler, Frau Merkel, Herr Gabriel, Herr Westerwelle et tutti quanti:

Wir zahlen nicht für Eure Krise!

abo-zettel

o Hiermit bestelle ich die Zeitung „Arbeit Zukunft“ ...mal für 1 Jahr (6 Ausgaben zum Preis von 9 Euro inkl. Versand). Wird das Abo nicht 4 Wochen vor Ablauf gekündigt, verlängert es sich um ein Jahr.

o Ich möchte Kontakt zu Euch.

o Bitte schickt mir die Zeitung „Arbeit Zukunft“ zweimal kostenlos zur Probe. „Arbeit Zukunft“ erscheint vorerst zweimonatlich.

Name:.....

Anschrift:.....

Tel.:..... E-Mail:.....

Unterschrift:.....

Bitte einsenden an:

Verlag AZ, Postfach 401051, 70410 Stuttgart

Tel. 0711-8702209, Fax 0711-8702445

www.arbeit-zukunft.de E-Mail: info@arbeit-zukunft.de

